

Radweg?

Zwei Autoreifen auf dem Radweg sind zwei zu viel!

Im September 2016 wurde im Verkehrssenat klargestellt, dass Autoparken auf dem Radweg ein No Go ist. Der PÜD muss jetzt strenger darauf achten, dass Radwege frei bleiben. Klappt das?

Nach der Straßenverkehrsordnung ist die Lage eindeutig: Ein Kfz hat auf einem Radweg weder ganz noch halb zu halten oder zu parken. Der Parküberwachungsdienst PÜD kann jederzeit einschreiten und das Vergehen unterbinden bzw. verwarren.

Doch tatsächlich war der PÜD auf diesem Auge bisher nicht so ganz sehkräftig, allzu oft wurde es zugedrückt, zumal wenn Autofahrende „doch nur mit zwei Reifen“ auf dem Radweg hielten. Das stellte sich jedenfalls in besagter Verkehrssenatssitzung heraus, als aufgrund eines Antrags der GAL eine Evaluation der Bamberger Parküberwachungs-Praxis auf der Tagesordnung stand. Der rechtliche Spielraum, den der PÜD zweifellos hat, wurde bislang nicht nur maximal pro Kfz ausgenutzt, sondern nicht selten sogar in den Bereich des rechtlich nicht mehr Akzeptablen überdehnt – so die Wahrnehmung und Beschwerden vieler Bürger*innen, belegt mit zahlreichen Fotos. Während bei einigen Stadträt*innen merklich Verständnis für Falschparken aufkeimte und man mit Toleranz beim Ein- und Ausladen argumentierte, formulierte Ordnungsreferent

Ralf Haupt die Bedeutung der Rechtslage überraschend klar. Radwege seien eindeutig dem Radverkehr zuzuordnen, und das eigenmächtige Umfunktionieren zu einer Bedarfsabstellfläche für Autos sei verboten.

Zugeparkte Radwege, so führte Haupt treffend aus, verursachten immer wieder Gefahrensituationen und Beinahe-Unfälle, weil Radfahrende so gezwungen seien, plötzlich auf die Straße auszuweichen. Das ersatzweise Ausweichen auf den Gehweg wiederum sei erstens verboten und zweitens konfliktträchtig und gefährlich für die dort befindlichen Fußgänger*innen.

Die PÜD-Beschäftigten auf Bambergers Straßen sind seit September also aufgefordert, akribischer und strenger auf freie Radwege und Radstreifen zu achten. Das hat die GAL immerhin erreicht. Aber es gilt dranzubleiben. Der Praxis-Wandel muss beobachtet werden: Gibt es inzwischen wirklich weniger Falschparker auf Radwegen? Und welche Stadtteile und Gebiete leiden immer noch darunter, weil der PÜD dort kaum unterwegs ist?

Die GAL will die neue PÜD-Praxis nach einem Jahr wieder auf die Tagesordnung bringen und sammelt bis dahin Erfahrungswerte: Fotos mit Ortsangabe und Uhrzeit bitte an post@gal.bamberg.de oder GAL, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg.

Mit einer kostenlosen Handy-App kann man www.wegehheld.org siertem Foto und ohne Meldung ans Amt. Um den bzw. die Fahrer*in darauf aufmerksam zu machen, gibt es Wegehheld-Visitenkarten, die man unter den Scheibenwischer stecken kann. Sie weisen dann darauf hin, dass für das Falschparken im Internet „WegeAlarm“ ausgelöst wurde. sys

Polizei im Fahrradsattel

Polizei-Fahrradstaffeln gibt es beispielsweise in Münster, Köln, Stuttgart, Leipzig oder Karlsruhe, nicht aber in Bayern. Doch auch hier sind Einsätze mit dem Fahrrad möglich und geschätzt. Und in Bamberg?

Ein kleine Lobeshymne findet man in dem Antwortschreiben des bayerischen Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Katharina Schulze, die

diese auf Anregung der GAL Bamberg stellte: „Der Einsatzwert der Fahrradstreifen zeigt sich in der besonderen Mobilität, flexiblen Einsetzbarkeit, erhöhten präventiven Wirkung sowie der Bürgernähe und der damit verbundenen Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr sieht deshalb im Fahrrad ein sinnvolles und zukunftsfähiges Einsatzmittel.“

Na, dann! Nix wie aufs Rad mit der Bamberger Polizei, hat sich die GAL-Stadtratsfraktion gedacht und sofort an diese einen Brief geschickt. Denn nach Aussagen des Innenministeriums bestimmen die örtlichen Polizeidirektionen über

Fahrradeinsätze selbst, ebenso wie über die Anschaffung von Fahrrädern, Helmen oder anderer Ausstattung. Nach Angaben aus München verfügen derzeit 124 Polizeiinspektionen in Bayern (das ist mehr als die Hälfte) über insgesamt 632 Dienstfahräder. Eine richtige Polizei-Fahrradstaffel, deren Beamt*innen ausschließlich Dienst mit dem Fahrrad tun, gibt es in Bayern noch nicht, nur lageabhängige Einsätze auf dem Fahrrad, so genannte Fahrradstreifen. Eine Ausrüstung für Fahrradstaffeln wird angeblich derzeit erarbeitet.

So richtete die GAL also einen Appell an den Bamberger Polizeidirektor – stieß bei dem aber nicht gerade auf offe-

ne Ohren. Bei der PI Bamberg-Stadt schließt man sich den Ausführungen des Innenministeriums zwar „vollumfänglich“ an, aber die Umsetzung wird „unter Berücksichtigung der aktuellen Personal- und Einsatzsituation zum jetzigen Zeitpunkt (als) nicht durchführbar“ bezeichnet.

Nach eigenen Angaben hat die Bamberger Polizei zwar drei Fahrräder im Bestand und nutzt diese „zur Durchführung von Ermittlungsvorgängen und Radverkehrsschauen“. Die Fahrräder sind jedoch über 20 Jahre alt. Eine Neuanschaffung will man prüfen, wenn das Ministerium einen Beschluss zur Ausrüstung gefasst hat.

5/3



Polizei-Fahrradstaffel Berlin. Foto: Unfallforschung der Versicherer (UDV), Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Polizei-Fahrradstaffel in Berlin

In Berlin wurde 2014 eine eigene Polizei-Fahrradstaffel eingerichtet. Sie umfasst 20 Mitarbeiter*innen, die zu jeder Jahreszeit an sieben Tagen in der Woche in Zweier-Teams in Berlin-Mitte im Einsatz sind, vor allem im Bereich Verkehr. Die Polizei-Fahrradstaffel wurde als Modellversuch wissenschaftlich begleitet. Nach zweieinhalb Jahren gab es eine erste Auswertung der Ergebnisse:

- ➔ Insgesamt ging die Zahl der Unfälle mit Radbeteiligung um 7,5% zurück, bei den Schwerverletzten um 28%.
- ➔ An 28 von 32 Unfallschwerpunkten gab es weniger Unfälle mit Radbeteiligung.
- ➔ Zwei Drittel der befragten Bürger*innen hielten die Polizei-Fahrradstaffel für sinnvoll.
- ➔ Verkehrswidrigkeiten von Radfahrer*innen und gegenüber dem Radverkehr nahmen ab.

Wofür Polizei-Fahrradstreifen in Bayern eingesetzt werden

„Dienstfahräder werden u.a. für Fahrradstreifen und sonstige Einsätze und Aufgaben verwendet. Fahrradstreifen dienen im Rahmen der polizeilichen Aufgabenerfüllung dazu, die polizeiliche Präsenz zu verstärken und Bürgernähe zu praktizieren. Insbesondere im innerstädtischen Raum und in Parkanlagen kann durch Fahrradstreifen für den Bürger die polizeiliche Anwesenheit wahrnehmbar erhöht und damit auch ein präventiver Effekt erzielt werden. Fahrradstreifen stellen auch ein probates Mittel zur Anhaltung und Kontrolle von Verkehrsteilnehmern dar. Fahrradfahrer und auch andere Verkehrsteilnehmer werden insbesondere mit dem Ziel des Schutzes der Fahrradfahrer kontrolliert (Beispiel Parken auf Fahrradwegen, Rotlichtverstöße). Zusätzlich zur Verkehrsüberwachung übernehmen Fahrradstreifen auch die Verfolgung von Straftaten (Beispiel Fahrraddiebstähle, Taschendiebstähle), die Überwachung von Brennpunkten der allgemeinen Kriminalität und von der Einsatzzentrale zugewiesene Aufträge, wie z.B. die Aufnahme von Verkehrsunfällen oder die Bereinigung von Verkehrsbehinderungen.“

(Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr an MdL Katharina Schulze, 2.1.2017)

Radständer sind preiswürdig

Die Stadt Nürnberg erhielt für eine Stellplatz-Kampagne für Fahrräder den Deutschen Radverkehrspreis – Bamberg lässt sich Standortvorschläge nachtragen

„Die Idee hat richtig eingeschlagen“, meint der Leiter des Verkehrsplanungsamts der Stadt Nürnberg, Frank Jülich, stolz. Er spricht von der Kampagne „Radständer für die Nordstadt“, die dem Stadtteil neue 500 Fahrradbügel brachte. Dafür wurde die Stadt mit dem Deutschen Fahrradpreis 2016 ausgezeichnet, 1. Platz in der Kategorie Infrastruktur.

1000 neue sichere Radstellplätze gibt es also seither in der Nordstadt, bewusst dezentral verteilt auf 155 Standorte. Das erinnert an die Mitmach-Aktion der GAL im Jahr 2015: „1000 Fahrradstellplätze für Bamberg“. Sie wurde von der GAL deshalb initiiert, weil die Stadtverwaltung ihren Auftrag, nach und nach neue Radstellanlagen zu schaffen, nur sehr schleppend umsetzte. Am Ende der Aktion reichte die GAL 926 Standortvorschläge ein, die zum großen Teil von Bürger*innen kamen und vor

allem die Innenstadt betrafen. Viele davon wurden daraufhin vom Stadtrat abgesegnet und werden (hoffentlich) in den nächsten Jahren mit Fahrradbügeln bestückt.

In Nürnberg machte die Stadt eine solche Bürger-Aktion selbst, genau das war auch der zentrale Grund für die Auszeichnung. 60.000 Euro ließ man sich die Kampagne für die Nordstadt kosten, mit Preisausschreiben, Online-Beteiligung, Einbeziehung des Einzelhandels für Werbeaktio-

nen, und Marketing-Maßnahmen wie Plakaten im Stadtteil und Sattelbezügen als Geschenke. Nach der Kampagne für die Nordstadt und zuvor für die Südstadt läuft aktuell schon die dritte Radständer-Planung in einem weiteren Nürnberger Stadtteil, alles unter dem Dach der vielfältig angelegten Kampagne zur Radverkehrsförderung „Nürnberg steigt auf“.

Von der großen fränkischen Schwester lässt sich in Bamberg, der vermeintlichen „Fahrradstadt Süddeutschlands“ (O-Ton OB Starke), also einiges abgucken. Nicht nur die Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Beteiligung der Anwohnenden und der Stadtteil-Geschäfte, auch ganz konkrete städtebauliche Ideen. So wurden etwa vielfach Pfosten an Kreuzungen oder Pfosten/Ketten zur Auto-Parkraum-Begrenzung zurück gebaut und durch Radständer ersetzt.

5/3

Brief aus Rathaus



Bamberg, im April 2017

Betrifft: Radverkehrspolitik in Bamberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hey, Andy, du alter Radverkehrsbremsklops!

Wenn es Baustellen im Stadtgebiet gibt, schauen Radler*innen ja oft in die Röhre bzw. auf das ruppig-rechteckige Kommandoschild: „Radfahrer absteigen“. Während man sich über Ausweichmöglichkeiten, Umleitungen und Ersatzflächen für Autos immer richtig viel Gedanken macht, sind die Leute auf Zweirädern meist irgendwie wurscht. Nicht so toll!

Deshalb haben wir einen Antrag auf besseres Baustellenmanagement für den Radverkehr gestellt. Dafür gibt's sogar Richtlinien, und zwar von der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen“ AGFK. Nie gehört?

Oh doch, Andy! Du als OB hast nämlich im Jahr 2013 selbst den Vorschlag gemacht, dass Bamberg einen Aufnahmeantrag für genau diese AGFK stellt. Klar, das schmeckt dir: Öffentlichkeitswirksam zu einer innovativen Szene gehören und dich mit Titeln und Mitgliedschaften schmücken – das heißt ja noch lange nicht, dass man für den Radverkehr wirklich was tun muss. Der Stadtrat stimmte deinem Vorschlag zu.

So, und was stellt sich nun – vier Jahre später – heraus? Was ist aus der Mitgliedschaft geworden? Gar nix. Jetzt, wo wir nach der Einhaltung der AGFK-Richtlinien für Baustellen fragen, kommt raus, dass die Stadt Bamberg gar nicht Mitglied geworden ist. Und deine schriftliche Begründung dafür ist auch allererste Sahne, echt, Andy: Der Aufnahmebeitrag von 3000 Euro sei so hoch gewesen (das wusstest du aber schon vor Jahren), und die „zu beurteilenden Aufnahmekriterien füllen sage und schreibe drei DIN A4-Seiten“, ergo viel zu umfangreich. Wäääh, jammer, heul.

Du hast also den Antrag erst gar nicht gestellt. Was soll das sein? Alternative Beschlussumsetzung?

Na super, du Hinke-Pedalist, so viel zu deiner ach so ernst gemeinten Radverkehrsförderung. Solche Schaufenster-Vorschläge kannst du dir künftig zwischen die Speichen klemmen!

Mit luftpumpenschwenkenden Grüßen

Deine GAL Fraktion

Wo und wie fahre ich richtig?

Oftmals gar nicht so einfach für Radler*innen: Radweg benutzen oder nicht? Darf ich oder habe ich die Wahl? Wo muss ich Rücksicht nehmen, wo habe ich Vorrang? Und wie weiche ich notfalls aus? Die g9Z hat einige heikle Radweg-Situationen im Straßenverkehr aufgespürt und in ein Quiz gepackt. Achtung: Es können mehrere Antworten richtig oder falsch sein – manchmal ganz erstaunlich! Die Lösungen finden sich unten auf der Seite.

fc / sys / Fotos: sys

Marienbrücke



- ① Man muss logischerweise auf dem Radweg fahren, denn der ist ja rot angemalt und führt direkt auf die Brücke.
- ② Der Radweg ist nicht benutzungspflichtig. Nach der Straßenverkehrsordnung ist eine Benutzungspflicht nur dann gegeben, wenn der Radweg durch ein blaues Schild gekennzeichnet ist. Da ein blaues Schild fehlt, hat man die Wahl und darf Radweg oder Fahrbahn benutzen.
- ③ Menschen, die farbenblind sind und den Radweg nicht erkennen können, sollten vorsichtshalber ihr Rad über die Brücke schieben.

Kärntenstraße



- ① Den nur noch schwach erkennbaren roten Radstreifen dürfen nur Radler*innen mit einem blassrosa Fahrrad benutzen.
- ② Man darf als Radler*in den Gehweg benutzen, aber auch die Fahrbahn.
- ③ Wer auf dem Gehweg radelt, muss besondere Rücksicht auf zu Fuß gehende Personen nehmen und Schrittgeschwindigkeit fahren.
- ④ Der Weg muss für Radfahrer*innen frei gehalten werden. Fußgänger*innen haben im Bedarfsfall die Grundstückszufahrten zum Ausweichen zur Verfügung.
- ⑤ Kinder bis zu 8 Jahren müssen immer auf dem Gehweg fahren, bis 10 Jahre dürfen sie das. Danach gelten sie als Radverkehrsteilnehmende wie Erwachsene.

Berliner Ring



- ① Im geschlossenen Verband ab 16 Radfahrer*innen darf man auf der Fahrbahn auch dann nebeneinander fahren, wenn ein benutzungspflichtiger Radweg vorhanden ist.
- ② Die Leute da nennen sich „critical mass“ und machen Gerüchten zufolge immer am letzten Freitag im Monat gemeinsam ihre Tour durch Bamberg, Treffpunkt Rondo am Schönleinsplatz, 18 Uhr.
- ③ Bei den roten Markierungen handelt es sich nicht um Radstreifen, sondern um Begrenzungen der neuesten Gebietsansprüche auf Anordnung von US-Präsident Donald Trump, denn selbstverständlich gilt neuerdings „America first“ und nix Konversion. Nach g9Z-Informationen soll dort ein factory-outlet für Ivanka-Klamotten entstehen. No fake news! Really! So great!

Kloster-Langheim-Straße



- ① Der Radweg ist durch das falsch geparkte Auto objektiv unbenutzbar. Auf den Gehweg darf aber nicht ausgewichen werden, da dieser ausschließlich den Fußgänger*innen vorbehalten ist.
- ② Man muss hinter dem Auto stehen bleiben und so lange warten, bis das Auto wieder weggefahren wird. Wer eine Picknickdecke dabei hat, kann diese nutzen, um auf dem Radweg ein bisschen zu chillen.
- ③ Mit dem Rad muss man auf die Fahrbahn ausweichen. Dort kann man weiterfahren, bis ein gefahrloses Wechseln auf den Radweg möglich ist (Bordsteinabsenkung, Einmündung).
- ④ Wer hier als Radler*in behindert wird, darf wahlweise einen Rückspiegel abbrehen, eine Autoscheibe demolieren oder einen maximal 27 cm langen Kratzer in den Lack ritzen.
- ⑤ Auch wenn der Radweg nicht benutzungspflichtig ist, darf er nicht von anderen Verkehrsteilnehmenden für andere Zwecke verwendet werden, er bleibt dem Radverkehr vorbehalten. Parken und Halten sind nicht erlaubt.

Kettenbrücke



- ① Das Schild markiert einen „Verkehrsberuhigten Bereich“. Somit haben Menschen, die hier zu Fuß unterwegs sind, Vorrang vor allen anderen (Autos, Motorräder, Fahrräder). Sie dürfen den Fahrverkehr allerdings nicht unnötig behindern.
- ② Alle fahrenden Verkehrsteilnehmer*innen müssen sich an Schrittgeschwindigkeit halten (= 4 bis 7 km/h).
- ③ Fußgänger*innen dürfen die Straße auf der gesamten Breite nutzen. Kinderspiele sind hier überall erlaubt (daher die umgangssprachliche Bezeichnung „Spielstraße“).
- ④ Nur spielerisch gesinnte Personen dürfen überhaupt in diesen Bereich hinein. Der Nachweis kann erfolgen, z.B. durch einen mitgebrachten Ball, ein Badminton-Spiel, Straßenmalkreide oder eine rote Clownsnase. Die Verkehrspolizei kontrolliert dies durch Stichproben.

Coburger Straße



- ① Der Weg ist für Fußgänger*innen und Radler*innen gemeinsam zu benutzen. Gegenseitige Rücksichtnahme ist erforderlich.
- ② Der Weg ist schmal, deshalb haben sich Fußgänger*innen eng an der Hausmauer zu halten, dürfen keinesfalls nebeneinander gehen und müssen die Kommunikation auf ein Mindestmaß beschränken.
- ③ Die Benutzungspflicht für Radfahrende bedeutet gleichzeitig ein Verbot, die Fahrbahn zu benutzen.
- ④ Fährt jemand frecherweise mit dem Fahrrad dennoch auf der Fahrbahn, kann er von einem Autofahrer, der sich behindert fühlt, ohne Konsequenzen abgestraft werden (Hupen, Schneiden, Ausbremsen, Beschimpfen, Stinkefinger usw.), denn er hat es ja nicht anders verdient.

Letzengasse

- ① Eine „Fahrradstraße“ ist dem Radverkehr vorbehalten. Durch Zusatzzeichen kann anderer Fahrzeugverkehr (z.B. Autos) erlaubt sein. Die bestimmende Verkehrsart bleibt aber der Radverkehr. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt für alle 30 km/h.
- ② Auch wenn ein Gehweg vorhanden ist, müssen Fußgänger*innen ihn nicht benutzen, vorausgesetzt, sie haben gerade nur ausnahmsweise ihr Fahrrad zuhause stehen lassen. Sie dürfen auf der Fahrbahn gehen, müssen aber sofort zur Seite springen, wenn Radverkehr kommt.
- ③ Radfahrende dürfen nebeneinander fahren und dabei die gesamte Fahrbahn nutzen. Autos haben kein Recht auf Überholen.
- ④ In Fahrradstraßen ist das Rechtsfahrgebot aufgehoben, weil links fahren einfach so viel Spaß macht.



Königstraße/Letzengasse

- ① Achtung, ganzheitlicher Sportradweg! Das Fahrrad darf hier nur kopfüber weiter transportiert werden. Das heißt „tragen“ und Mucki-Training, mal für die Arme.
- ② Der Zweirichtungsradweg ist zu Ende, geradeaus ginge es auf dem Fahrrad nur illegal weiter. Man muss sich entscheiden: links oder rechts abbiegen.
- ③ Klarer politischer Richtungsentscheidungszwang: Entweder nach links und beim Aleppo-Supermarkt einen schmackhaften Multi-Kulti-Einkauf machen, oder nach rechts und unter die Räder kommen.



Richtige Lösungen:

- Coburger Straße: ①, ③
Berliner Ring: ①, ②
Königstraße/Letzengasse: ②
Kettenbrücke: ①, ②, ③
Kärntenstraße: ②, ③, ⑤
Letzengasse: ①, ③
Kloster-Langheim-Str.: ①, ③, ⑤
Marienbrücke: ②

COPY SHOP 30 Jahre

18 neue PC's - superschnelle SSD Festplatten Office 2013 Open Office

sehr niedrige Energiekosten! (30 W statt 400 W).

DHL Paketshop

Briefmarken Faxversand

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg (im ehemaligen Bürozentrum Kutz)
Tel. 0951-982120, Fax 9821233
info@copy-shop-bamberg.de
tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr
Notdienst Telefon 0170 -6163532

Pamina

Ich unterstütze den Radentscheid, weil das Fahrrad für die Innenstadt das genialste Verkehrsmittel ist.

Von Gehwegkanten, Wackelplatten und Pflasterlücken

Mobilitätseingeschränkte Personen stoßen im Bamberger Straßenraum auf allerlei Hinderliches. Die 99Z begab sich auf einen „Stolper-Spaziergang“ mit zwei A.R.G.E.-Aktiven.



Fußgängerzone mit unverfugten Pflastersteinen

Karola Kümmelmann zeigt mir die Stelle in der Nähe vom ZOB, wo sie kürzlich gestürzt ist. Der kleinteilig gepflasterte Weg schaut für mich eigentlich völlig unverdächtig aus, und schlecht zu Fuß wirkt Frau Kümmelmann auch nicht auf

zende der A.R.G.E. (Arbeitsgemeinschaft Älterer Bürger Bamberg), bei der auch Karola Kümmelmann aktiv ist. Er bringt mir einen weiteren Aspekt näher: „Im fortgeschrittenen Alter kann man mit Überraschungen schlechter umge-



Pflaster am ZOB

mich. Ich bin allerdings gut 25 Jahre jünger als meine Begleiterin, die Jahrgang 1940 zählt. „Wissen Sie“, erklärt sie mir, „wenn man älter wird, hebt man seine Füße beim Gehen halt nicht mehr so hoch, dann bleibt man an kleinen Unebenheiten leichter hängen – und fällt hin.“ Irgendeine unauffällige Kante hat sie wohl zu Fall gebracht.

Der Dritte im Bunde unseres Stolper-Spaziergangs durch die Bamberger Innenstadt ist Wolfgang Budde, der Vorsit-

zen, man ist nicht mehr so geschickt und variantenreich im Ausweichen und Auffangen von Unwägbarkeiten. Ein Schritt zurück auf eine lose Gehplatte kann dann schon fatal sein.“

Es geht also gar nicht so sehr um fette Schlaglöcher, große Lücken im Pflaster oder drei Zentimeter hohe Absenkungen von Gehwegrissen. In solchen Fällen nämlich wird die Stadt tätig, wenn sie die Risikostellen entdeckt oder Hinweise erhält, und der Entsorgungs- und Bau-



Karola Kümmelmann und Wolfgang Budde von der A. R. G. E. (Arbeitsgemeinschaft Älterer Bürger Bamberg)

betrieb repariert die Schäden. Andernfalls könnte die Kommune in Regress genommen werden, wenn sich jemand tatsächlich deswegen verletzt.

Gefahren lauern aber auch viel unscheinbarer. Auf vielen Fußwegen in Bamberg geht Karola Kümmelmann „nur noch mit den Augen am Boden“, in der Friedrich- oder Kapuzinerstraße zum Beispiel. Dort sind immer wieder Pflastersteine locker und wackeln beim Auftreten. „Das fühlt sich instabil an und erschreckt mich jedesmal“, sagt die aktive Seniorin, die es sich aber keinesfalls nehmen lassen will, in der Stadt zu Fuß unterwegs zu sein. Auch Bodenwellen oder Baumwurzeln, die den Pflasterbelag an-

heben, bringen Unsicherheit und lassen den Blick am Boden kleben.

Für Leute mit Rollator oder Rollstuhl gibt es noch mehr Hürden, schildern mir Budde und Kümmelmann. In der Fußgängerzone erschweren breite, unverfugte Rillen zwischen den Kopfsteinpflastersteinen das Vorwärtskommen. „Und wer hier einen Rollator schieben muss, dessen Arme sind von einem beständigen Holpern belastet, was auf Dauer schmerzhaft ist“, sagt Wolfgang Budde.

Oder die Absenkungen an Gehwegen zur Straße hin – sie sollen Autos die Ein- und Ausfahrt zu einem Grundstück erleichtern, Passanten mit rollen-

der Gehhilfe hingegen machen sie oft das Leben schwer, weil der Rollator abwärts in den Rinnstein driftet. Ach ja, Rinnsteine, auch die ein Paradebeispiel dafür, wie leicht man mit Rollstuhl & Co. mitten im Verkehr festhängt.

Aber Karola Kümmelmann und Wolfgang Budde wollen nicht den Eindruck erwecken, nur zu nörgeln. Sie haben auch Positivbeispiele parat und wollen damit zeigen, dass es anders geht, wenn man will und gut plant. Den Streifen mit gesägten, also glatten Pflastersteinen, der sich durch die Fußgän-

ten), die schnell repariert werden können. „Da hatten wir eigentlich ein gutes Übereinkommen mit der Stadt: Wir melden die Risikostellen, der EBB saniert“, sagt Budde. Das funktioniert jedoch in letzter Zeit oft nicht mehr. Ein Beispiel ist die Generalgasse: Aus den Theatergassen kommend steht man abrupt vor Bordsteinkante und Rinnstein, nicht sehr komfortabel für Menschen mit Gehbehinderung. Eine Lösung steht noch aus.

„Es muss sich noch viel tun, bis sich der Blick generell ändert und solche Stolperfallen



Lose Gehwegplatte in der Kapuzinerstraße

gerzone zieht und bald auch in der Keflerstraße verlegt wird, finden sie sehr hilfreich. Und die Sanierung der Sandstraße halten sie aus der Sicht von Menschen mit eingeschränkter Mobilität für sehr gelungen.

Das Alltagsgeschäft der A.R.G.E. hat aber oft genug mit genau den Stolperfallen zu tun, die Leuten wie mir nicht einmal auffallen. Immer wieder gibt es Bürgerhinweise auf Gefahrenstellen (siehe Kas-

erkannt und selbstverständlich beseitigt werden“, meint Budde. Und er betont, dass davon ja alle profitieren würden: Eltern mit Kleinkindern oder Kinderwagen, Reisende mit Rollkoffer oder Damen in Pumps.

Da hat er Recht, finde ich, denn auch ich habe auf diesem Spaziergang einige Perspektiven dazu gewonnen, vielleicht ein paar Jahrzehnte früher als ich es zwangsläufig getan hätte.

sys, Fotos: sys



Stolperfalle in der Friedrichstraße

A.R.G.E. Geowiki

Über die Homepage der A.R.G.E. www.alter-werden-in-bamberg.de (Aktivitäten der A.R.G.E. – Stolperfallen in Bamberg) oder <http://geowiki-barrierefreies-bamberg.de/arge> kommt man auf das Geowiki, mit dem Hinweise auf Gefahren- oder Schadensstellen gesammelt werden, die besonders mobilitätseingeschränkte Personen behindern.



Christian Hader
Initiator des Radentscheids

Vor fünf Jahren, 2012, beschloss der Stadtrat die „Radverkehrsstrategie“ als „verbindliche mittelfristige Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung“ mit drei Hauptzielen: Erhöhung des Radverkehrsanteils, Senkung der Unfallzahlen und Akzeptanz des Fahrrads als gleichberechtigtes Verkehrsmittel. Zu diesem Zweck sollten jährlich fünf Euro pro Ein-

Gastbeitrag von Christian Hader

Radentscheid – Für ein sicheres Miteinander

wohner für Radverkehrsförderung investiert werden.

Doch diese Vorgabe wurde bislang noch in keinem Jahr erreicht. Zum Vergleich: Kopenhagen verwendet nicht selten bis zu 75 Euro pro Jahr und Einwohner, um den Radverkehr zu fördern, und selbst der nationale Radverkehrsplan des Bundesverkehrsministeriums empfiehlt für Kommunen Ausgaben von sechs bis 15 Euro.

Zu schmale bauliche und fast dauerhaft zugeparkte Radwege in schlechtem Zustand und gefährliche Überholvorgänge im Mischverkehr kennzeichnen weiterhin den Fahrradalltag in Bamberg. Dass dennoch 30% aller Wege in Bamberg mit dem Fahrrad zurückgelegt werden ist beachtlich und wohl eher trotz und nicht wegen der städtischen Radverkehrspolitik so.

Denn leider sind auch die Unfallzahlen mit Radfahrerbeteiligung in Bamberg außerordentlich hoch und haben sich von 2012 bis 2016 sogar um 42% gesteigert.

Der Radentscheid soll das ändern und wird der Bamberger

Radverkehrspolitik nun neu auf den Drive bringen: Mit über 20 unterstützenden Vereinen, Verbänden und Institutionen hat unsere Initiative schon jetzt einen immensen gesellschaftlichen Rückhalt. 10 Ziele umfasst der Text für ein Bürger-

Die 10 Ziele des Radentscheids

1. Fahrradstraßen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr
2. Fahrradgerechte und sichere City- und Schulwegrouten
3. Schutz für Radfahrende an viel befahrenen Hauptstraßen
4. Mehr Disziplin im Straßenverkehr für eine gegenseitige Akzeptanz
5. Drei Kreuzungen pro Jahr für alle sicherer machen
6. 5000 neue Fahrradparkplätze bis 2025
7. Grüne Welle für den Umweltverbund
8. Radschnellwege für den Pendelverkehr
9. Mehr Effizienz und Effektivität bei Planung und Umsetzung
10. Bamberg für mehr Radverkehr sensibilisieren



begehren, das wir nun auf den Weg gebracht haben. Zunächst sind rund 4000 Unterschriften von Bamberger Wahlberechtigten zu sammeln. Wenn dann

der Stadtrat das Bürgerbegehren für zulässig erklärt, kommt es zum Bürgerentscheid und zur Abstimmung aller Wahlberechtigten. Es geht los!

Unterschreiben!

Die GAL Bamberg unterstützt den Radentscheid und sammelt am 29. April 2017 von 10 bis 13 Uhr bei einem Infostand in der Fußgängerzone Unterschriften. Außerdem liegt vor dem GAL-Fraktionsbüro, Grüner Markt 7, 2. Stock eine Unterschriftenliste bereit.

Gesammelt werden Unterschriften an 40 Orten, z.B. Pamina (Austraße), Café Leander (Hauptwachstraße), Brotladen (Fleischstraße), nah & gut (Ottostraße), Café Abseits (Pödel-dorfer Straße), Ebl (Würzburger/Magazinstraße), Praxis Fröhliche (Heinrich-Weber-Platz), Lichtspiel (Königstraße), Mussärol, Motor Ritter (Nürnberger Straße), Schuh Lechner (Josephstraße), Rewe (Würzburger/Caspersmeyerstraße), u. a.

Alle Infos, Unterschriftenlisten zum Download und zum Sammeln im Familien- und Freundeskreis:

www.radentscheid-bamberg.de

Den kaputten Fön mal eben um die Ecke bringen

Die GAL will öffentliche und dezentral aufgestellte Container für Elektroschrott in Bamberg

Defekte Ohrhörer, alte Rasierer, zerbrochene Handys. Im Laufe der Zeit häuft sich im Haushalt jede Menge Elektroschrott an – und damit verschiedenste wertvolle Rohstoffe, seltene Metalle oder auch giftige Substanzen. Keine Frage: So etwas sollte fachgerecht entsorgt und dem Recycling zugeführt werden. Doch wer fährt wegen ein paar Kleingeräten schon extra auf den abgelegenen Recyclinghof am Hafen?

Viel einfacher und bürger*innenfreundlicher wäre eine dezentrale Sammlung des Elektroschrotts und Altmetalls. Ein 2016 in Kraft getretenes Gesetz hätte diese Forderung bundesweit durchsetzen können. Doch tatsächlich legte es fest, dass nur Elektrohändler ab 400 m² Verkaufsfläche Elektrokleingeräte (d.h. mit

maximal 25 Zentimeter einfacher Kantenlänge) in haushaltsüblichen Mengen zurücknehmen müssen. In Bamberg trifft das nur Läden, die sich in Hafennähe oder am Laubanger befinden, also unweit des Recyclinghofes. Dezentral ist das nicht.

40 Container für Bamberg

Die GAL stellte deshalb einen Antrag an die Stadt Bamberg, 40 Wertstoffinseln im Stadtgebiet (also Sammelstellen für Altglas- und Altkleider) mit Sammelcontainern für Elektroschrott zu ergänzen. Keine neue Idee – in anderen Kommunen hat man schon ausgesprochen positive Erfahrungen gemacht, in Augsburg zum Beispiel

Die dezentrale Sammlung von Kleingeräten und Altmetall ist in der schwäbischen Stadt ein voller Erfolg. Hat man 2012 noch mit 50 Containern begonnen, so ist dank mittlerweile 135 Containern mehr als jede zweite Wertstoffinsel, mit einem vier Kubikmeter fassenden Elektroschrott-Container ausgestattet. „Die Bürgerakzeptanz war ohne großes Marketing sofort sehr gut“, sagte Daniel Pötsch vom Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb Augsburg der 99Z. „Zu Spitzenzeiten sammeln die Container 1,8 kg je Einwohner*in und Jahr.“

Zu 90% zusätzliche Einwüfe

Die Menge der Elektrogeräte, die auf die Recyclinghöfe ge-

bracht wurden, hat das im Übrigen kaum beeinflusst. Zu 90 Prozent wurden mit den Elektroschrott-Containern nämlich neue Einwüfe generiert, also Altgeräte gesammelt, die früher zum Teil im Hausmüll landeten.

Das hat einige Vorteile: Die gesammelten Altgeräte können in der Region durch Schmelz- und Löseverfahren zu einem großen Teil in die ursprünglichen Bestandteile zerlegt werden – sogar bei Smartphones. So werden etwa alte Metalle für neue Geräte eingesetzt und müssen nicht unter teils gefährlichen, ausbeuterischen und häufig ökologisch schädlichen Bedingungen den begrenzten Ressourcenvorkommen der Erde entnommen werden. Apropos ökologisch schäd-

lich: Natürlich sollten Elektrogeräte erst weggeworfen werden, wenn sie wirklich kaputt sind. Zuvor kann man, je nach Geräteschaden, Reparaturdienstleister in Anspruch nehmen, um die Laufzeit von Geräten zu erhöhen. Das schont den Energie- und Ressourcen-

verbrauch schließlich am meisten. Um stets darauf hinzuweisen, so die Idee der GAL, könnten zum Beispiel entsprechende Reparaturwerkstätten aus der Region die Möglichkeit bekommen, mit Aufklebern auf manchen Containerflächen zu werben. *aei*

Neben gewerblichen Reparaturstellen gibt es in Bamberg auch

- ➔ das Repair-Café – ein Treffen, bei dem die Besucher*innen gemeinsam ihre kaputten Dinge reparieren. Termine unter: www.transition-bamberg.de/repaircafe.
- ➔ den Mänerschuppen (Alte Seilerei 20) – eine soziale Werkstatt, in der sich Männer treffen, um zu handwerkeln und kaputte Dinge zu reparieren. Andere Menschen können dort ihre kaputten Dinge in Stand setzen lassen und lernen, wie das Reparieren geht. www.maennerschuppen.de

AEO-Report 1

Bremsen bei der Betreuung

Die Asylsozialberatung in der AEO war ein Jahr lang nicht vorhanden und ist jetzt massiv unterbesetzt.

Dass die bayerische CSU-Staatsregierung in der Asylpolitik spart, wo sie kann, wundert niemand. Besonders hartnäckig tut sie das bei der Asylsozialberatung in der AEO (Aufnahmeeinrichtung Oberfranken). Die Unterkunft besteht seit September 2015 auf dem Konversionsgelände in den Wohnhäusern der ehemaligen Flynn-Area – zuerst als so genanntes „Balkanlager“ (ARE II) für 600 Personen, dann erweitert auf 1500 Personen, seit Herbst 2016 unter der offiziellen Bezeichnung AEO. Heute fungiert das Camp auch weiterhin als „Besondere Aufnahmeeinrichtung“ für Flüchtlinge aus dem Balkan und anderen sicheren Herkunftsstaaten, aber auch als Erstaufnahmeeinrichtung und Ankunftszentrum für Neuankömmlinge aus aller Herren Länder. Es soll im Laufe des Jahres auf eine Aufnahmekapazität von 3400 Personen ausgebaut werden.

Schon vor eineinhalb Jahren sagte die bayerische Sozialministerin Emilia Müller zu, dass es eine ausreichende Asylsozialberatung geben werde. Aber die Zusage wurde immer wieder relativiert, hinausgezögert, verschoben. Über ein halbes Jahr sprach man zynischerweise von einem „niederschweligen Betreuungsangebot“, weil man einen Hausmeister 10



Karikatur: Thomas Pfaffmann

Stunden pro Woche beschäftigt, der albanisch sprach.

Erst am 1. September 2016 trat erstmals ein professioneller Asylsozialberater in Teilzeit seinen Dienst an – bis dahin waren bereits Hunderte Menschen durch die Einrichtung geschleust und nahezu ausnahmslos ohne irgendeine Chance der Asylverfahrensberatung abgesprochen worden. Hilfe gab es nur auf ehrenamtlicher Ebene.

Mittlerweile arbeiten fünf Personen von Caritas, AWO und Diakonie in einem Büro mitten in der AEO. Dahinter stecken allerdings nur 2,5 Voll-

zeitstellen, da es sich um Teilzeitbeschäftigte handelt. Tatsächlich müsste das Hilfsangebot ein Vielfaches umfassen, denn sogar der Freistaat Bayern hat als offizielle Vorgabe für Erstaufnahmeeinrichtungen einen Betreuungsschlüssel von 1:100, d.h. eine Vollzeitkraft kommt auf 100 Asylsuchende. Da derzeit (mit Schwanungen) ca. 1300 bis 1400 Bewohner*innen in der AEO leben, wäre dies also mit 13 bis 14 Asylsozialberater*innen in Vollzeit erfüllt – mindestens fünf mal so viel wie jetzt vorhanden. *sys*

AEO-Report 2

Knausern bei der Kleidung

Wie Bayern in der AEO bei der Bekleidung für Geflüchtete spart und dafür Bürger-spenden missbraucht.

te Waren ausgegeben werden können.

In der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken AEO nutzt Bayern diese Möglichkeit. Die Rechnung geht so: Eigentlich würde eine erwachsene Person pro Monat 34 Euro für Kleidung erhalten, das schreibt das Asylbewerberleistungsgesetz vor. In der AEO erhält jede*r Geflüchtete monatlich einen Gutschein über zwei nicht näher bezeichnete Kleidungsstücke und muss diese in einer Kleiderkammer des Roten Kreuzes auf dem AEO-Gelände einlösen.

Diese Kleiderkammer hat ein Reservoir aus ausschließlich gespendeten Kleidungsstücken, zum allergrößten Teil aus den Nachlässen Verstorbener. Wo der Freistaat also monatlich 34 Euro aufbringen müsste, gibt er stattdessen einfach die Spenden von Bürger*innen weiter. Seine gesetzliche Leistungspflicht erfüllt der CSU-Freistaat Bayern ergo mit Hilfe gut meinender Bürger*innen, die in der Regel davon gar nichts wissen. Sie gehen davon aus, dass ihre Spenden bedürftigen Menschen zusätzlich zur Verfügung stehen.

Kosten entstehen dem Staat nur durch die Räume für die Kleiderkammer und eine Pauschale an das Rote Kreuz. Denn der Verband betreibt die Kleiderkammer zwar großteils

ehrenamtlich, hat aber doch einige Personal-, Transport- und Sachkosten zu decken. Ein Schnäppchen für den Freistaat also, der sonst bei derzeit ca. 1400 Flüchtlingen monatlich 47.000 Euro auszahlen müsste. Aus Bamberger Sicht hingegen schade, denn das Geld würde in den Kassen des hiesigen Einzelhandels landen.

Abgesehen davon werden die Asylsuchenden über die Kleiderkammer auch mehr schlecht als recht versorgt. Die Nachlassspenden vorwiegend alter Menschen entsprechen nur geringfügig dem Bedarf von zumeist jungen, schlanken Flüchtlingen. Es fehlt also hinten und vorne an passender Kleidung. Erst wiederholte Kritik, beharrliches Drängeln und hartnäckiges Nachfragen des städtischen Ombudsteams und des Vereins „Freund statt fremd“ führten dazu, dass seit Anfang März Unterwäsche und Socken zugekauft und als Neuware ausgegeben und bei Bedarf auch Schuhe in der richtigen Größe besorgt werden.

Die Portokasse im bayerischen Finanzministerium mag das aufbessern. Alle anderen Beteiligten haben das Nachsehen. *sys*

Immer aktuell
www.gaznet.de

KAUFRAUSCH
Austraße 27 · 96047 Bamberg
Tel. 0951-23807 · www.kaufrausch-bamberg.de
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

Selbst erzeugter Strom billiger als von Ihrem Energieversorger!



- Unabhängigkeit von steigenden Strompreisen
- Sicherheit durch festen Strompreis - 25 Jahre lang
- Stromspeicher für Solarstrom in der Nacht

Wir haben 25 Jahre Erfahrung in der Erzeugung von Energie und über 2500 Solarprojekte realisiert

EBITSCH Energietechnik GmbH - www.ebitsch-energietechnik.de
96199 Zapfendorf · Bamberger Straße 50 · Tel. 09547 87050



EBITSCH
energietechnik

f GAL Bamberg
auf facebook

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenauflage
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Schicke Kita-Software für ein Mangelsystem?

Es fehlen Hunderte von Kita-Plätzen in Bamberg. Dafür gibt es ein teures Programm, mit dem man sich online dafür anmelden kann, dass man anschließend bei Kitas die Klinken putzt. Ein gestresster Papa auf Kita-Suche schilderte der 99Z seine Erfahrungen.



Foto: www.pixabay.com

Der kleine Felix F.* kommt im August 2016 auf die Welt. Seine Eltern wohnen in Bamberg, Inselgebiet, beide sind berufstätig. Ein Kinderbetreuungsplatz nach Ende einer einjährigen Elternzeit ist also unerlässlich. Schon in der Schwangerschaft kümmerten sich die Eltern um diese Frage, machten sich aber zunächst keine so großen Sorgen, denn im Internet-Auftritt der Stadt sah alles recht gut organisiert aus. Ein „KiTa-Portal“ bietet dort ein „breitgefächertes Netz“ mit 17 Kinderkrippen, 29 Kindergärten, 5 Kinderhorte, 2 Netz-für-Kinder Gruppen und 3 Großtagespflegestellen an.

Tatsächlich kaufte das Jugendamt im Jahr 2013 eine Software-Ausstattung für mehrere 10.000 Euro plus jährlich mehrere 1000 Euro Betriebskosten, die eine transparente Anmeldung und Vergabe gewährleisten sollte. „webKITA“ nennt sich das Programm und heißt als „Ihr Online Informations- und Vormerkssystem für alle Kindertageseinrichtungen in Bamberg“ die Eltern herzlich willkommen.

Felix' Papa, Lukas F., begab sich also parallel zum wachsenden Bauch der werdenden Mutter zuversichtlich auf Kita-Suche und musste bald feststellen, dass dort mit härteren Bandagen gearbeitet wird als erwartet.

Schnell merkte er, dass es mit Wünschen und Vormerken bei webKITA nicht getan ist und Eltern generell gezwungen sind, ihr Interesse bei allen erdenklichen Kitas registrieren zu lassen und nicht nur bei ausgewählten, wie es das Portal suggeriert. Und ebenso flott lernte er, dass webKITA die persönliche Kontaktaufnahme nicht ersetzt – im Gegenteil. Lukas F. telefonierte also, um „Kennenlernbesuche“ in den Kitas zu vereinbaren. Erst wurde er vielfach hingehalten: es sei zu früh – dann wollte man ihn häufig abwimmeln: Die Familie wohne doch gar nicht im Stadtteil, Geschwisterkinder müssten vorgezogen werden, Interessenten stünden ohnehin schon Schlange.

„Die Stimmung bei solchen Telefongesprächen war manchmal schon sehr ruppig“, erzählt der junge Papa. „Aber was sollte ich machen? Wir sind auf einen Kita-Platz für Felix angewiesen.“ Also: eigenen Ärger runter schlucken, Freundlichkeit bewahren, sich den harschen Ton gefallen lassen, trotz Abweisungen hartnäckig bleiben. Denn wer hier auf wen angewiesen ist, steht außer Frage: Bei einer Kita im Inselgebiet erhält Lukas F. die Auskunft, dass im Jahr 2017 nur zwei Plätze frei würden und auf der Warteliste dafür schon 72 Kinder stünden. „Sie können sich

ihre Chance selbst ausrechnen, oder?“

Tja, kann Lukas F. das? Die Anschaffung von webKITA wurde genau damit begründet, dass Mehrfachanmeldungen vermieden werden sollten. Aber wenn – wie bei dem kleinen Felix – alle Eltern ihre Kinder überall anmelden, kann man mit Wartelistenaussagen doch wieder nichts anfangen. De facto, so hört man, führen die einzelnen Kitas ihre eigenen internen Präferenzlisten – vermutlich mit Stift und Papier. Der Effizienzgewinn durch teure Software ist gleich Null.

Tatsächlich bekommt man – mit entsprechend Glück – schon irgendwann mal eine Zusage für einen Kita-Platz, aber zunächst nur mündlich und auf Vertrauen. Erst wenn der Kinderbetreuungsvertrag mit dem Kita-Träger unterzeichnet ist, und das kann Monate später sein, wird das suchende Kind im webKITA-System gelöscht – viel zu spät, um eine Platzvergabe transparent und effektiv zu machen.

Vor allem aber nutzt das beste Online-Programm nichts,

wenn es schlicht und ergreifend viel zu wenige Kita-Plätze gibt, Bedarf und Angebot also weit auseinanderklaffen (siehe Kasten). Der Mangel wird so allenfalls eleganter verwaltet.

Lukas F. hat jedenfalls „Monate an der Telefonstippe“ hinter sich, bis er am Ende glücklicher Vertragspartner einer Kindertagesstätte ist, die sich künftig tagsüber um Felix kümmern wird. Was hat ihm am Ende das Glück beschert? „Es war ausschließlich der persönliche Kontakt“, ist er überzeugt, „dass unsere Familie positiv beurteilt wurde, dass wir in den Gesprächen eloquent auftreten konnten.“ Damit meint er den geordneten gutbürgerlichen Hintergrund einer gebildeten und auch finanziell gut situierten Familie.

„Natürlich haben wir diesen Vorteil gespielt, haben ehrenamtliches Engagement in Aussicht gestellt und damit gepunktet“, räumt er ein. Gleichzeitig fragt Lukas F. aber auch: „Was machen denn die Familien, für deren Kinder eine Kindertagesbetreuung noch viel nötiger wäre, die aus schwierigeren Verhältnissen kommen, Migrationshintergrund haben, Sprachförderbedarf, Erziehungsschwierigkeiten usw.? Und die dieses verzwickte, hin-

Aktuelle Kita-Situation in Bamberg

Laut Sachstandsbericht des Jugendamts gab es 2016 (November) 1.929 Kindergartenplätze, denen 2.127 Kinder im entsprechenden Alter gegenüberstanden (drei bis sechs Jahre). Im Jahr 2018/19 werden es 2275 Kinder sein. Bei einem angestrebten Versorgungsgrad von 100% werden bis dahin also fast 350 Plätze gebraucht.

Bei den Kinderkrippen, also für Kinder bis drei Jahre, kommen (Stand November 2016) 1283 Kinder auf 464 Krippenplätze. Auch wenn hier ein geringerer Versorgungsgrad ausreicht: Es hat derzeit nur ein Drittel der Kinder eine Chance auf Kinderbetreuung. Es fehlen weit über 100 Krippenplätze.

Was will die GAL?

Für einen „Masterplan 500 neue Kita-Plätze bis 2020“ beantragte die GAL für den Haushalt 2017 und die folgenden Jahre insgesamt 4 Mio Euro. Dabei sollten offensiv auch ergänzende Angebote gefördert und vorangebracht werden: Kindertagespflege (= Tagesmutter/-väter), Betriebskindergärten, Großtagespflege, Elterninitiativen, noch nicht etablierte Kita-Träger.

Was macht die Stadt?

Im Haushalt 2017 ist 1 Mio Euro an Investitionszuschüssen vorgesehen, womit 67 neue Kita-Plätze geschaffen werden. Weitere 3 Mio Euro sollen bis 2022 dazu kommen. Insgesamt entstehen mit diesem so genannten „Kita-Paket“ der Stadt aber nur 200 neue, also zusätzliche Plätze in Kindergärten und Kinderkrippen, der größere Teil der Gelder wird in Sanierungsmaßnahmen schon bestehender Einrichtungen fließen.

tergründige System gar nicht durchschauen?“ Er fürchtet, dass sie die ersten sind, die beim Konkurrenzkampf um Kita-Plätze und der erzwungenen Endauswahl der Kitas hinten runter fallen.

Und er meint, mit einem Appell an die Politik: „So etwas darf eigentlich keine Stadt zulassen!“

sys

*Namen redaktionell geändert.

Je akuter die Notlage, desto länger die Wartezeit

Wolfgang Ceming ist seit 1991 in der Schuldner- und seit 1999 in der Verbraucherinsolvenzberatung der Caritas tätig. Er hilft kostenlos und unter Verschwiegenheit. In einem 99Z-Gespräch erzählt er von den Entwicklungen der letzten Jahre und warum man auf Termine oft lange warten muss.

Wer Wolfgang Ceming in seinem Büro besucht, hat entweder ein finanzielles Problem oder sieht es bereits kommen. Als Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberater gibt er Hilfe zur Selbsthilfe, gewährt Unterstützung zur Sicherung der Existenz und berät, wie sich Schulden reduzieren lassen. Vorbeugend dann, wenn die Verschuldung noch zu managen ist (Schuldnerberatung) – akut, wenn bereits eine Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist und ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden muss (Insolvenzberatung).

Die Nachfrage ist seit dem Start des Angebots vor 25 Jahren kontinuierlich auf hohem Niveau. Reichen die Kapazitäten der Berater hierfür überhaupt aus? „In den meisten Fällen schon“, meint Ceming und verweist auf die relativ kurzen Wartezeiten für Termine in der Schuldnerberatung von maximal zwei bis drei Wochen. Dieser Bereich wird von den Kommunen bezuschusst. Anders sieht es hingegen bei der Verbraucherinsolvenzberatung aus, die Mittel vom Freistaat Bayern erhält. Hier wartet man circa sieben Monate auf ei-

nen Platz, im Raum Forchheim muss man sich gar ein ganzes Jahr gedulden. Das Problem: Die Fallpauschalen, die man als Beratungsstelle erhält, sind seit Jahren unverändert und zu gering. So können nicht genügend Berater*innen eingestellt werden. Es fehlt also am Geld, ausgerechnet bei der Insolvenzberatung.

Insolvenzberatung hat zu wenig Geld

„Es gab ernsthafte Überlegungen, die Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung komplett in die Hände der Kommunen zu legen“, so Ceming. Städte und Landkreise waren durchaus dazu bereit, wollten mit dem Freistaat aber einen finanziellen Ausgleich aushandeln. Das ist nicht gelungen, und so blieb es bei der aktuellen mangelhaften Stellenausstattung.

Ärgerlich ist das vor allem, da sich Schuldner- und Insolvenzberatung ohnehin nur schwer trennen lassen, der Übergang bei den Beratungen ist häufig fließend. „Nicht selten melden sich Personen für eine Insolvenzberatung an, benötigen und erhalten aber ei-

gentlich eine Schuldnerberatung“, führt der Berater aus.

Working poor – auf lange Sicht arm dran

Eine solche Schuldnerberatung brauchen in den letzten Jahren immer mehr Menschen mit langfristig niedrigem Einkommen. Die Fachwelt bezeichnet dies als „working poor“, also arm trotz Erwerbsarbeit. Gerade in Haushalten mit Kindern kann das zum Problem werden. Mittlerweile führt Ceming bereits zehn Prozent der Beratungen aufgrund eines langfristig niedrigen Einkommens durch – Tendenz steigend.

„Und für die Zukunft schon absehbar ist, dass immer mehr ältere Menschen, die in Rente gegangen sind, oder demnächst gehen, in eine Schuldsituation kommen“, ergänzt Ceming. „Ein angemessenes Grundeinkommen wäre aus dieser Sicht auch für das Rentenalter wünschenswert.“

Schuldenfalle: Überteuerter Wohnraum

Wichtig ist Ceming die Prävention, gerade angesichts der zahlreichen Kaufanreize und Vertragsmöglichkeiten auf den verschiedenen Konsumentenmärkten. „Schon im Kindergarten und im Schulalter sollten Themen wie finanzielle Allgemeinbildung und Konsumverhalten mit aufgenommen



Wolfgang Ceming. Foto: aei

werden. Darüber hinaus wären politische Maßnahmen nötig, damit niedrige Löhne auch langfristig zum Leben, vor allem dem existenziell Notwendigen und der Rücklagenbildung, genügen.“

Dass die Schuldnerberatung in der letzten Zeit ausgebaut wurde, lobt Ceming. Dasselbe erhofft er sich für die Insolvenzberatung, und dass beide irgendwann auch in dieser Hinsicht „Hand in Hand“ gehen und von der Stadt Bamberg gefördert werden.

Ein weiter gehendes Anliegen an die Stadt hat Ceming aber dennoch. Gerade bei Trennung bzw. Scheidung oder plötzlicher Arbeitslosigkeit werden oft auch die Mietkosten zum Problem. Wer deshalb kurzfristig eine kleine Wohnung sucht, hat es zum Teil schwer, auf offene Türen zu stoßen. Für solche Situationen wäre „bezahlbarer, angemessener Wohnraum“ nötig – also dringender Handlungsbedarf bei Stadt Bamberg. aei

Lisa Badum

in den Bundestag

Im September ist Bundestagswahl. Da wollen wir die Region Bamberg durch eine junge und energiegeladene grüne Abgeordnete stärken. Unsere Direktkandidatin Lisa Badum (33), gebürtige Forchheimerin und ehemalige Bamberger Studentin freut sich auf einen knallbunten Wahlkampf in ihrer Lieblingsregion! Als bayerisch-fränkisches Energiebündel kämpft sie für eine bürgernahe Energiewende und für Geschlechterdemokratie: 100 % erneuerbar. Mehr über sie in der nächsten 99Z oder auf www.lisa-badum.de.

Der Wandel in der Automobilindustrie macht es nötig, dass sich die Stadt nicht auf dem Prädikat „Autostadt“ ausruht. Das sieht auch Christian Lange (CSU) in einem Interview mit dem Fränkischen Tag ähnlich – um allerdings gleich ein paar Sätze später explizit die Ansiedlung des Autohauses Sperber am Berliner Ring zu begrüßen. Aus unserer Sicht ist aber gerade diese Ansiedlung ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen sollte.

Zukunftsthemen und Innovation aktiv fördern

Tatsächlich ist die Lage in Bamberg wie folgt: Nach Informationen der Stadt gibt es derzeit Unternehmen, die expandieren wollen, aber nicht können, und zahlreiche Ansiedlungswünsche. Eine strategische Ansiedlungspolitik und die gezielte Förderung von Innovationstreibern würde deshalb mehr Sinn machen als übereilte Flächenvergaben ohne erkennbare Strategie. So könnten wertvolle und knappe Flächen für gute Konzepte ausgeschrieben werden. Mit der Bewerbung guter Standortbedingungen im Raum Bamberg könnten Unternehmen aus den Zukunftsbranchen Gesundheit, Digitales, Energie oder Cleantech die Wirtschaftsstruktur bereichern. So wäre dem vorhersehbaren Strukturwandel und Bedeutungsverlust der Automobilindustrie entgegenzutreten, bevor er da ist.

Tourismus muss sich für die Stadtfinanzen lohnen

Die Übernachtungszahlen in Bamberg steigen kontinuierlich. Die Einzelhandelsstruktur ganzer Bereiche der Altstadt ist auf auswärtige Gäste fokussiert, das Markenzeichen der „Tourismusstadt“ ist noch offensichtlicher als das der „Autostadt“. Ein Wirtschaftsmodell, von dem der städtische Haushalt derzeit jedoch nicht ausreichend profitiert. Im Gegenteil: Es entstehen Kosten bei der Müllentsorgung und Gebäudeerhaltung, bei subventionierten Kulturangeboten und bei der Tourismusförderung (TKS – Tourismus&Kongress-Service).

Eine Bettensteuer, ein relativ unbürokratisches Verfah-

ren, würde geringe Pauschalen auf Übernachtungen erheben, die den Gästen bei den derzeitigen Hotelpreisen wahrscheinlich gar nicht auffallen. In Bayern ist diese Art der Besteuerung derzeit nicht möglich/gewollt, in über 30 Städten in Deutschland, viele davon Grün regiert, gibt es sie. Alternative Wege für Bamberg über eine Kulturförderabgabe oder einen Fremdenverkehrsbeitrag müssen deshalb dringend wieder stärker in den Fokus rücken und möglich gemacht werden.

Verdichtung, Um- und Neunutzung – statt Neuerschließung

Über 80% der deutschen Bevölkerung lehnen ein Wirtschaftswachstum auf Kosten der Natur und der kommenden Generationen ab. Der Flächenver-

die intelligente und schonende Nutzung von Teilflächen für Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation nachgedacht werden, statt über eine großflächige Ausweisung und massive Naturzerstörung nach „Schema F“. Ein ambitioniertes, aber machbares Unterfangen. Bei der Weiterentwicklung des Standortes sollte ein Schwerpunkt auf Verdichtung, Umnutzung und Neunutzung bereits versiegelter Flächen gesetzt werden. Und auch die

Auf dem Neujahrsempfang der Stadt Bamberg im Januar hat der Oberbürgermeister den Begriff „Autostadt Bamberg“ eingeführt. Autostadt – und mehr nicht? Wir haben darüber nachgedacht, welche Themen wirtschaftspolitisch in Bamberg eigentlich relevant sind.



brauch in Bamberg und Bayern ist in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegen. Zwischen dieser Einsicht der Menschen und der Abhängigkeit von eingetretenen Pfaden der Wirtschaftspolitik besteht eine gewisse Ambivalenz. Eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur bedingt in der Wissensgesellschaft aber eben nicht mehr zwingend die ständige Neuausweisung von Flächen. Deshalb muss auf der MUNA über

Stadt Bamberg muss sich selbst die grundsätzliche Frage nach den Grenzen des Wachstums stellen: Wohin, wie und in welchen Bereichen kann und will die Stadt überhaupt noch wachsen?

Wirtschaftsbeirat als Chance statt als Politikum

In den letzten Jahren wurde die Einrichtung eines Wirtschafts-

beirates, der den Wirtschaftsraum Bamberg durch einen Blick über den Tellerrand und externe Expertise stärkt, aus rein politischen Gründen von der Bamberger GroKo verhindert. Die CSU wollte den damaligen IHK-Präsidenten und Parteikollegen Trunk an der Spitze des Gremiums, die SPD wollte ihn nicht. Die GAL hingegen wollte und will vor allem, dass der Wirtschaftsbeirat als „Zukunftsrat“ und Instrument der Stadtentwicklung endlich an den Start geht. Wir wollen in der Stadt offen darüber diskutieren, wie wir leben und wirtschaften, und wir wünschen uns für die Stadtentwicklung Ideen und Inspiration von Expert*innen.

Der „Wirtschaftsraum Bamberg“ ist größer als die Stadt

Was für den ÖPNV, die Gesundheitsversorgung, Kultur und dezentrale Energie gilt, gilt für die Wirtschaftsentwicklung ebenso: Eine Kooperation in der Vermarktung der Wirtschaftsregion und eine Abstimmung und Zieldefinierung mit unseren Nachbarn im Landkreis ist geboten. Da sind Konkurrenzdenken, Ansiedlungsneid und gegenseitiges Gerangel um die Gunst von Investoren, Gewerbesteuer und Arbeitsplätze alles andere als förderlich. Regional denken hieße Gewerbeflächen gemeinsam zu planen, Belastungen und Kosten, aber auch Gewinne und Vorteile gerecht und miteinander zu teilen. Eine von der GAL seit langem geforderte Kooperation in dieser Hinsicht wäre endlich ein Meilenstein auf diesem Weg.

Stärkung der Innenstadt

Die Kraft des Handels, ganz allein für die Belebung und Rettung der Innenstadt zu

sorgen, muss realistisch eingeschätzt werden. Umfragen zeigen: Innenstädte, die für Besucher*innen attraktiv sind, vereinen viele Funktionen: Wohnen, Kultur, Begegnungsräume und Handel sind gleichermaßen von Bedeutung. Nur bei einer guten Mischung profitiert auch der Einzelhandel. Viele Immobilienentwickler*innen scheuen gemischte Nutzungen und neue Konzepte, deshalb braucht es hier, wo immer möglich, städtische Impulse und Vorgaben. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sind Barrierefreiheit und Erreichbarkeit für Ältere relevante Themen. Und es ist immer noch nicht in allen Köpfen: Radfahrer*innen und Fußgänger*innen kaufen statistisch mehr in der Innenstadt als Autobesitzer*innen, welche häufig in die entfernten Shoppingtempel außerhalb ausweichen.

Für Bamberg heißt das: Gemischte Nutzung der Innenstadt ermöglichen, Aufwertung des Maxplatzes jenseits von Großveranstaltungen, mehr Raum für Aufenthalt in der Innenstadt, mehr Radstellplätze und gute ÖPNV-Anbindung, bspw. eine E-Bus-Ringlinie auf dem innerstädtischen Ring und mehr Vernetzung von Verkehrsträgern.

Zeit für deutlich mehr!

Zusammenfassend: Vielleicht mag das Prädikat „Autostadt

Bamberg“ zum heutigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund der Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung in dieser Branche für unsere Stadt zutreffend sein. Gleichzeitig zeigt es vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen aber auch auf: Neue Ideen sind gefordert, um den Standort weiterzuentwickeln. Die GAL wird diesen Ideenprozess gerne weiter vorantreiben.

J.G.



Jonas Glüsenkamp, Volkswirt M.Sc., ist GAL-Vorstandsmitglied und aktiv im Arbeitskreis „Grüne im Wirtschaftsdialog“



- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf

Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33

E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

Politik? Engagement? Grün? Na klar!!!!

Was in letzter Zeit so passiert, lässt einen um die Demokratie bangen. Also heißt es, diese stark machen. In einem System der Parteiendemokratie und des Parlamentarismus ist der Beitritt zu Bündnis 90/Die Grünen und zur GAL Bamberg nicht die schlechteste Wahl. Hier einige Stimmen von Leuten, die schon seit langem dabei oder erst kürzlich zu uns gestoßen sind.



Möchtest du grüne Politik unterstützen und grünes Mitglied werden? Prima! Auf unserer Homepage erfährst du, was zu tun ist: <http://gruenlink.de/1bzz>

Oder wende dich per Mail an kreisverband@gal.bamberg.de

Für Neueinsteiger*innen in die Kommunalpolitik bietet die GAL-Stadtratsfraktion seit 2011 regelmäßig ein Mentoring-Programm an. Mehr Infos: www.gal.bamberg.de > GAL – Über uns > Mentoring Stadtratsfraktion

Impressum

Die g9Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Andreas Eichenseher (aei), Charlotte Flügel (fc), Juliane Fuchs, Petra Friedrich, Harald Rink, Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa. www.gal.bamberg.de
Verantwortliche Redakteurin: (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 23777, gaz@gal.bamberg.de
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Jonas Glüsenkamp
Gastautor: Christian Hader
Gestaltung: Erich Weiß Verlag, Bamberg
Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG
Herausgeber: Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt
Auflage: 20.000
Nr. 84 / April 2017
Die g9Z wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.



MUSSÄROL
Bamberger
Kräutergärtnerei

Gewürz- und Teekräuter
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen
gentechnikfreies Ökosaatgut

Hofladen geöffnet: April-Oktober

Mi 14-18 Uhr

Fr 10-18 Uhr

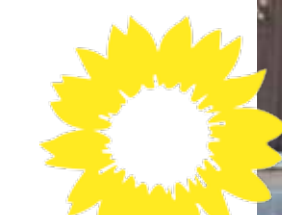
Sa 9-14 Uhr

Kräuter- und Gärtnerstadtführungen



Nürnberger Str. 86
Bamberg
0951-22023
www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau



Anna-Sophie Braun

grün seit 2017



„Ich bin den Grünen beigetreten, weil mir die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und auch in anderen demokratischen Ländern Sorgen machen. Ich möchte aktiv einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Gesellschaft weiterhin frei und demokratisch bleibt - und zwar für alle Menschen, die hier leben wollen. Meine Teilnahme am Mentoring-Programm der GAL hat mich nochmals darin bestärkt, dass die Grünen für mich die richtige Wahl sind.“



Andreas Eichenseher

grün seit 2017



„... weil ich mich am Schutz zentraler Voraussetzungen für menschenwürdiges Leben beteiligen möchte, dem Schutz von Natur, Freiheit und der sozialen Räume einer Gesellschaft. Nirgendwo sonst ließe sich das politisch auf lokaler Ebene so gut verwirklichen, wie bei der GAL.“



Juliane Fuchs

grün seit 2016



„Mich für grüne Politik einzusetzen, ergibt sich für mich unmittelbar aus meinem christlichen Engagement: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Das Mentoring-Programm der Bamberger Grünen, an dem ich im vergangenen Jahr teilgenommen habe, hat mich in diesem Wunsch bestärkt. Gemeinsam mit den grünen Mitgliedern möchte ich mich für ein lebenswertes Bamberg für ALLE Bevölkerungsgruppen einsetzen, das bedeutet: soziale Wohnungspolitik, Vorrang für das Fahrrad und den Öffentlichen Personennahverkehr sowie maximaler Umweltschutz, z.B. für das Muna-Gelände.“



Carolin Cholotta

grün seit 2016



„Es sind turbulente Zeiten: Die USA haben einen polternden Präsidenten, „postfaktisch“ scheint eine Rechtfertigung für jede Un- oder Halbwahrheit zu sein und auch bei uns ziehen Populisten immer mehr Menschen an. Was tun? Für mich gab es nur eine Option: zu den Grünen, denn hier gibt es Fakten statt Parolen!“



Wolfgang und Ludmilla Schenker

grün seit 2016



„Grüne Politiker*innen gehen engagiert und kompetent mit kreativen, innovativen Ideen Probleme von heute an, um übermorgen unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft zu gewährleisten.“



Erich Spranger

grün seit über 30 Jahren



„Anfang der 80er Jahre wurde ich zur Zeit der Umweltbewegung politisch sensibilisiert. Themen waren damals Waldsterben, Atomkraft und WAA. So kam ich zum Bund Naturschutz und erlebte auch das Entstehen der Bamberger GAL. Mitglied bei den Grünen wurde ich aber erst an meinem Studienort Bayreuth. Als ich Mitte der 90er Jahre wieder nach Bamberg kam, war es für mich klar Mitglied bei der GAL zu werden. Besonders am Herzen liegen mir die Themen Nachhaltigkeit und Ökologie. Da bin ich bei der GAL nach wie vor genau richtig. Ich danke allen für ihr Engagement.“

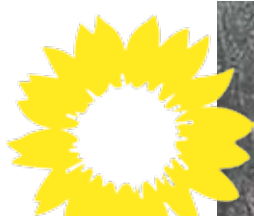


Helge Burmeister

grün seit über 35 Jahren



„Ohne die Grünen und Bürgerinitiativen hätten wir möglicherweise jetzt ein AKW in Viereth und eine WAA in Wackersdorf. Als Mitglied mit der Mitgliedsnummer 007 (damals in Erlangen), eingetreten noch zu Kohl-Zeiten, habe ich Vertrauen zu den Grünen. Ich denke, dass dort noch Zukunftsvisionen diskutiert werden – es geht nicht nur um die Bewältigung der Gegenwartsprobleme – es zählen ökologische Grundwerte, die mir wichtig sind. Es muss eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder geben, und das geht nur mit den Grünen.“

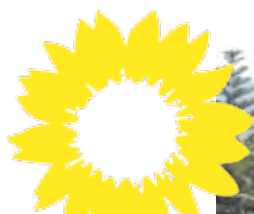


Robert Kuchen

grün seit 2016



„Ich will der Menschheit helfen sich nicht selbst abzuschaffen. Wie wir im Moment mit unserem Planeten umgehen, wird es nicht mehr lange funktionieren.“



Ronny Holschke

grün seit 2016



„AFD, Brexit, Trump. Wenn Nationalisten und Populisten nur noch an sich selbst denken, kann ich dann noch auf dem Sofa sitzen und hoffen, es wird schon nicht so schlimm? Nein, es muss etwas dagegen getan werden!“

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt – GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie

Ströber + Think + Hartjes + Ganter + Haferl
Vabeene + Loint's + Stegmann + Däumling

BA - JOSEPHSTR. 9 Bhf/Bus (Luitpoldeck) je 5 min
Mo – Fr 10.30 – 18.30 h Sa 10.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266